

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 4.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 5. Januar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Januar, Februar und März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weichenborn zum Preise von 2 M. 25 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Tageschau.

Freiberg, 4. Januar.

Die politische Auslese ist heute wiederum äußerst dürftig. In der Hauptsache beschränkt sich dieselbe auf die Meldung, daß Fürst Bismarck am Montag Nachmittag 4 Uhr einen längeren Vortrag beim Kaiser hielt. Ueber den Inhalt desselben ist selbstverständlich nichts bekannt; dennoch vermuthet man, daß die kirchenpolitische Frage, die ja fortwährend noch die Hauptrolle auf dem Gebiete der deutschen Politik spielt, dabei zur Erörterung gekommen. Es ist übrigens sehr bemerkt worden, daß Fürst Bismarck diesmal seit einer Reihe von Jahren zum ersten Male an der Spitze des Staatsministeriums zur Beglückwünschung des Kaisers im kaiserlichen Palais erschien. Es heißt, der Kaiser habe Gelegenheit genommen, dem Reichskanzler bei diesem Anlaß erneut seine vollste Sympathie zu erkennen zu geben. Fürst Bismarck begab sich sodann zur Beglückwünschung in das kronprinzliche Palais. Auf die Ansprache des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke an der Spitze der Generalität soll der Kaiser in ergreifendster Weise geantwortet haben. Die Zahl der telegraphischen Glückwünsche, welche dem Kaiser zum Neujahrstage zugegangen, soll die früheren Jahre noch übertreffen haben.

Unter den Neujahrsbetrachtungen der Zeitungen ragen die der ultramontanen Blätter vor allen durch die Zuversichtlichkeit der Stimmung und die freundliche Geborgenheit des Tones hervor. Man lese nur die Festbetrachtungen der „Germania“: „Der heilige Stuhl erfreut sich eines Ansehens und eines Einflusses in der Welt, wie er ihn zu Zeiten seiner weltlichen Herrschaft kaum besaß; der Gefangene im Vatikan ist eine Großmacht, mit welcher auch die Widerwilligsten rechnen und verkehren müssen. Es ist zweifellos, daß auch in diesem Jahre die Würde und Macht des heiligen Stuhles beträchtlich gewachsen ist unter der umsichtigen, weisen und festen Leitung der großen Angelegenheiten durch die Hand des regierenden Papstes. Rom kann warten, denn es ist ewig. Langsam, bedächtig, aber stetig geht die Kirche ihrem Siege entgegen.“ Und mit dieser Sprache vergleiche man, wie noch vor gar nicht langer Zeit das leitende Blatt des Ultramontanismus die Weltlage und insbesondere die Zustände in Deutschland darzustellen pflegte. Der Wandel der Zeiten kommt uns in solchen Auslassungen recht deutlich zum Bewußtsein. Und bei dieser zuversichtlichen Stimmung im Lager der Ultramontanen soll an die Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung geschritten werden! Langsam, aber sicher geht nach clerikaler Auffassung die Papstkirche dem Siege entgegen. Und das Schlimmste ist, daß man diese Auffassung kaum mehr als eine unberechtigte Selbsttäuschung bezeichnen kann.

Dem preussischen Landtag sollen bekanntlich kirchenpolitische Vorlagen zugehen, doch haben dieselben bis jetzt die Ministerialberatung noch nicht passiert. Es wird jedoch schriftlich darüber verhandelt. Man meldet, daß die Grundzüge derselben sich in der Richtung des vorigen Entwurfs bewegen. Von Rom wird als zuverlässig berichtet, daß der Papst dem System der diskretionären Vollmachten im Gegensatz zur gänzlichen Abschaffung der Maigesetze abhold ist. Nächst der erwähnten Materie erregt der Antrag Windthorst fortbauend das meiste Interesse, welches sich um die Frage dreht, ob derselbe zur Annahme gelangen werde oder nicht. Alles kommt dabei auf die Haltung der Fortschrittspartei an. Von einem Theile derselben, welcher der Führung des Abg. Richter folgt, glaubt man mit Sicherheit die Unterstützung des Antrages annehmen zu sollen, wogegen die den Anschau-

ungen des Prof. Hänel zugethanen Elemente sich für die Ablehnung entscheiden dürften. — In preussischen Blättern wird über die Entlassung des Oberpräsidenten v. Horn viel gestritten. Einige behaupten, Fürst Bismarck, welcher den inneren Dienst im Sinne seines Systems zu säubern gedachte, habe Herrn v. Horn unterm 9. Dezember offiziell aufgefordert, seine Entlassung einzureichen. Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt hierzu: „So etwas pflegt nur dann vorzukommen, wenn der Inhaber eines hohen Postens selbst den richtigen Moment seines Rücktritts verfaßt. Ob es in diesem Falle so gewesen ist, wissen wir nicht, möchten es aber bezweifeln. So viel steht nach unsern Nachrichten fest, daß der Ober-Präsident seine Entlassung beantragt, aber noch nicht erhalten hat. Was über den Nachfolger des Herrn v. Horn bereits in den Blättern gesagt wird, scheint uns voreilig, um so mehr, als der Rücktritt desselben wahrscheinlich erst nach einigen Monaten erfolgt.“

Den Hauptgegenstand aller politischen Gespräche in Oesterreich bildet ein Vorgang, der sich am Sylvester in dem Orte Niedebrunn, denn er kennzeichnet eine neue Phase des zwischen der Regierung und der Opposition obwaltenden Konfliktes. Der in dem genannten Orte bestehende politische Verein hatte vor Kurzem die Absendung eines Vertrauensdeputations für einen der drei Reichsrathsgebirgsordnungen der Stadt Triest beschlossen, welche der Kaiser beim Empfange der Triester Handelskammer-Deputation mit dem bekannten Tadel getroffen hatte. Die Regierung säumt nicht, auf diese Art tendenziös-demonstrativer Kritik mit einer Maßnahme zu antworten, zu welcher das österreichische Vereinsgesetz ihr die legale Befugniß erteilt. Sie erkannte in dem Verfahren des Vereins das Kriterium der Staatsgefährlichkeit desselben und verfügte in Folge dessen seine Auflösung. Naturgemäß erregt diese Maßnahme in allen Kreisen, und zwar nicht nur in denen der Linken, sondern auch der gegnerischen Parteien, außerordentliches Aufsehen und man ist darauf gespannt, zu wissen, ob auch gegen andere Vereine, welche den Niedebrunn-Vorgang nachzuahmen geneigt sind, in derselben Weise wird verfahren werden, ferner, ob das Reichsgericht, dessen Anrufung schwerlich unterlassen werden wird, die Auffassung der Regierung bestätigen wird. — Den Wiener Blättern zufolge fand am Abend des 2. Januar bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe eine mehrstündige Berathung über die Vorgänge in Krivosicje statt, an welcher Jovanovic, Webersheim und Thoenell theilnahmen. Jovanovic begiebt sich direkt nach Krivosicje. Von den Krivosicjanern sind nämlich vier Gensdarmen massaktrirt worden. Sämtliche Leichen fand man entleert auf. Alle Monturen, Waffen, sowie Ausrüstungsgegenstände waren geraubt. — Der sehr freundliche Empfang, welchen die nach Berlin entsandten außerordentlichen Botschafter des Sultans bei ihrer Durchreise am Wiener Hofe erfahren haben, hat neue Freundschaftsversicherungen seitens der Türkei veranlaßt. Wie nämlich mitgetheilt wird, hat der Sultan an den Kaiser ein Schreiben gerichtet, worin der Dank der Türkei niedergelegt ist für das freundschaftliche Entgegenkommen, welches von den dortigen maßgebenden Kreisen gegenüber Ali Rizami Pascha und Reschid Bey an den Tag gelegt wurde. Man ist geneigt, diesem Schreiben die Bedeutung beizulegen, daß die Beziehungen Oesterreichs zur Türkei momentan die besten sind. — Der „Pol. Korresp.“ wird aus Athen gemeldet: Die Kammerwahlen sind in der Hauptstadt zu Gunsten der Oppositionspartei ausgefallen. In unterrichteten Kreisen gilt es jedoch für höchst wahrscheinlich, daß die Wahlen in den Provinzen überwiegend ein für die Regierung günstiges Resultat ergeben werden.

Die plötzlich in die Diskussion geworfene Papstfrage hat in italienischen Regierungskreisen doch eine unbehagliche Stimmung hervorgerufen, welcher sogar der König in eigener Person beim Neujahrsempfange einer Deputation der Abgeordneten einen deutlich vernehmbareren Widerhall gegeben hat: ein Hervortreten des Monarchen, das um so größeren Effekt machte, als König Humbert für gewöhnlich es vermeidet, sich an den Staatsangelegenheiten aktiv zu betheiligen. Da der volle Wortlaut der königlichen Ansprache noch nicht vorliegt, so sind wir auf die kurze Inhaltsangabe angewiesen, welche durch private Vermittlung mehreren Zeitungen zugegangen ist. Nach derselben soll der König mit auffälligem Nachdruck gegen jede auswärtige Einmischung in die innern Angelegen-

heiten Italiens Verwahrung eingelegt und im Anschluß hieran an den Kammerpräsidenten die Aufforderung gerichtet haben, die rasche Erledigung der Militärvorlagen zu betreiben. Letztere bezwecken eine wesentliche Erhöhung des Präsenzstandes der Armee um nicht weniger als hunderttausend Mann und die Verstärkung der Befestigungen an der Nordgrenze. — Daß auch in den parlamentarischen Kreisen Italiens die Stimmung argwöhnisch und erregt ist, zeigt die von dort herkommende Versicherung, man werde sogleich nach dem Wiederzusammentritt der Kammer die Regierung wegen ihrer Stellung zu Deutschland und der Papstfrage interpelliren. Wie aus Rom gemeldet wird, haben in den letzten Tagen die Eruptionen des Vesuv zugenommen. In der Richtung von Ottaviano ergießt sich neue Lava. In vielen Orten wurden Erdschütterungen wahrgenommen. — Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Suez: Die gemischte Enquetekommission über die jüngsten Ereignisse in Suez vollendete ihre Aufgabe. Der verdächtige Italiener wurde des Mordes an dem ägyptischen Offizier für unschuldig erkannt, der Haupttrübselstifter der Meute nach Kairo gebracht und vor das Kriegsgericht gestellt. Der Gouverneur besuchte den italienischen Vizekonsul und drückte demselben das Bedauern der Regierung aus.

Nicht geringe Sensation erregt in Frankreich die Nachricht, daß der Ministerpräsident Herrn Emile Ollivier — den letzten napoleonischen Rabinetschef, der bekanntlich mit leichtem Herzen den Krieg mit Deutschland ins Werk setzte und seitdem in unbeachteter Zurückgezogenheit gelebt hat — zum Träger einer distreten Mission an den Papst ausertoren haben soll, als deren Zweck man die Anbahnung eines freundlichen Verhältnisses zum Vatikan bezeichnet. Ollivier soll die Aufgabe haben, den Papst zu bestimmen, gegen die kirchliche Politik Gambetta's keinen Einspruch zu erheben, wogegen sich Gambetta verpflichtet wolle, das Budget für die Geistlichkeit aufrecht zu erhalten; ferner soll er dem Papst begreiflich machen, daß eine strengere Anwendung des Konkordats das einzige Mittel sei, um die schlimmen Pläne der Ultraradikalen zu verhindern. Die ohnehin gegen Gambetta bereits vorhandene gereizte Stimmung unter den Republikanern wird, falls diese Angaben auf Wahrheit beruhen, wahrscheinlich dadurch nicht vermindert werden. — Der englisch-französische Handelsvertrag scheint doch noch zu einem Schmerzenskind für die Regierung werden zu wollen. Die gegenwärtigen Minister sind ebenso wenig im Stande, dem Verlangen der englischen Wollen- und Baumwollenspinner nach Herabsetzung der Zölle für ihre Fabrikate zu willfahren, als es die Herren Ferry und Tirard konnten, welche die Interessen ihrer Landsleute höher stellten als die der Engländer. Darob herrscht unter den letzteren natürlich großes Mißvergnügen, dem die englischen Delegirten dadurch Ausdruck gegeben haben, daß sie von Neuem ihre Koffer packten und unter dem Vorgeben, neue Instruktionen von London einholen zu müssen, nach ihrer Heimath zurückkehrten. Wie lange es dauern wird, bis sie diese empfangen haben werden, dürfte wohl vorzugsweise von dem größeren oder geringeren Grade des Entgegenkommens von französischer Seite abhängig sein.

Die Stellung Rußlands zur Donaufrage war bisher unklar. Wie jetzt verlautet, hat das Petersburger Kabinett vor einiger Zeit den Regierungen gegenüber erklärt, daß Rußland jede Lösung annehmen werde, über welche sich die anderen Mächte geeinigt haben würden.

Die ägyptische Nationalpartei veröffentlicht in der „Times“ eine Erklärung, worin sie unter Anerkennung des Sultans als Souverän dem Khedive Treue gelobt, aber von ihm auch erwartet, daß er sein Versprechen halten und mit der Delegirtenversammlung regieren werde. Die Partei erkennt die Dienste Englands und Frankreichs, sowie die Nothwendigkeit einer Finanzkontrolle an, betrachtet dieselbe aber als ein Provisorium, da die Partei ihr Land eines Tages ganz in ägyptischen Händen zu sehen anstrebe. Die Partei vertraut die Interessen gegenwärtig der Armee an als der einzigen Macht, die im Stande sei, des Landes Freiheiten zu beschützen und verlangt eine Vermehrung der Armee auf 18 000 Mann. Die Nationalpartei sei eine politische, nicht eine religiöse Partei.